

Volt

Landtagswahl 2021

Wahlprogramm

auf einen Blick

Politik, die Grenzen überwindet

Die Zukunft Baden-Württembergs im Herzen Europas

Ein starkes Baden-Württemberg im Herzen Europas braucht **mutige Visionen** für die Zukunft. Unsere vielfältigen Herausforderungen lösen wir nur durch **transparente und verständliche politische Entscheidungen**. Wir stehen für eine Politik, die nah am Menschen ist und den Bedürfnissen der Bürger*innen vor Ort genauso gerecht wird wie den Herausforderungen auf europäischer Ebene. Durch ein Miteinander im Ländle und zusammen mit unseren Nachbarländern wollen wir **europäisch denken - lokal handeln**.

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

Europäisch denken - Lokal handeln!

Als Bundesland **im Herzen Europas** haben wir die besondere Möglichkeit zukunftsgewandt und europäisch zu handeln. Deshalb wollen wir Europa auch im Ländle leben! Alle europäischen Regionen sind mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert - wieso dann alleine nach Lösungen suchen? Baden-Württemberg kann aus dem **Austausch mit anderen europäischen Regionen und Städten** lernen. Wir profitieren auch vom Know-How der hier lebenden EU-Bürger*innen, die jedoch bei Landeswahlen kein Wahlrecht haben. Diese wollen wir ihnen geben! Zudem möchten wir ein Baden-Württemberg gestalten, das nicht nur für Deutsche zur Heimat werden kann. Daher liegen uns eine Reformierung des Asylsystems sowie bessere Integrationsmöglichkeiten sehr am Herzen.

Intensivierung europäischer Zusammenarbeit

- Wir wollen mit und von unseren Nachbarn lernen, bewährte Lösungsansätze austauschen und die gemeinsame europäische Idee fördern.
- Dazu soll ein überregionales, europäisches Innovationszentrum in BW etabliert werden.

Wahlrecht für EU-Bürger*innen bei Landtagswahlen und Volksabstimmungen

- EU Bürger*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit Hauptwohnsitz in BW wollen wir eine Stimme geben.
- Unseren EU-Mitbürger*innen auf kommunaler Ebene wollen wir das aktive und passive Wahlrecht ermöglichen.

EU-Empfangsbüro für Mitbürger*innen aus der EU

- Wir wollen die Integration unserer internationalen Mitbürger*innen durch mehrsprachige und kompakte Informationsbereitstellung erleichtern.
- Online und Offline sollen hilfreiche lokale/regionale Informationen bereitgestellt werden.

Buddy System als Schritt zur europäischen Integration

- Das Knüpfen von Kontakten soll EU-Bürger*innen durch ein ehrenamtliches Kumpel-System in ihrer Region erleichtert werden.
- Damit wollen wir den kulturellen Austausch fördern und die lokalen Besonderheiten im Ländle an zugezogene EU-Bürger*innen weiterreichen.

Gesellschaftliche Teilhabe für Migrant*innen

- Um die Integration zu fördern, fordern wir die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten.
- Sprachprogramme und ein landesweites, staatliches Programm für Traumatherapien sollen gefördert werden.
- Wir fordern ein EU-weites gerechtes und effizientes Asylsystem.

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

Gesunde Zukunft, gemeinsam stark

Ein **gerechtes, effizientes und digital ausgebautes Gesundheitssystem**, in dem alle Menschen schnellen Zugang zu bestmöglicher medizinischer Versorgung haben, ist ein wichtiger sozialer Grundbaustein unserer Gesellschaft. Die **Stärkung des Pflege- und Arztberufs**, die **Digitalisierung** des Gesundheitswesens und die Sicherung optimaler **medizinischer Versorgung auf dem Land** sind zentrale Voraussetzungen hierfür. Wir fordern weiterhin Bürokratieabbau und eine konsequente **europäische Kooperation im medizinischen Bereich**. Denn nur ein exzellentes Gesundheitssystem mit zufriedenen und kompetenten Mitwirkenden rettet Menschenleben.

Gesundheitsberufe stärken

- Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe: Senkung der Arbeitsbelastung, faire Bezahlung, Förderung der Selbstorganisation und Eigenständigkeit
- Arbeitsbedingungen und Ausbildung von Ärzt*innen verbessern: Wahrung des Arbeitsschutzes, Modernisierung des Medizinstudiums, mehr Studienplätze

Digitalisierung des Gesundheitswesens

- Elektronische Patientenakte: mit strengen Datenschutzrichtlinien und ausgeweitet auf Heilmittelerbringende (z.B. Physiotherapeut*innen) und Pflegeberufe
- Effiziente Nutzung von Gesundheitsdaten auch für Forschungszwecke, jedoch nur nach Einwilligung des Patienten

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum

- Landärzt*innenmangel entgegenwirken: finanzielle Förderung, Landarztquote, Bürokratieabbau, Fahrdienste, Ausbau Telemedizin
- Stärkung lokaler Apotheken: angemessene Vergütung, Entbürokratisierung, Regulierung des medizinischen Versandhandels

Europäische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen

- Ausbau und Vertiefung grenzüberschreitender Kooperationen in der Pandemiebekämpfung (u.a. rescEU)
- Nutzung von Synergien auf europäischer Ebene: grenzüberschreitende Nutzung medizinischer Ressourcen und Daten

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

Soziale Gerechtigkeit durch Bildung

Wir wollen Bildung in Europa neu denken und definieren. Gleichzeitig stehen wir auch für kurzfristige Verbesserungen in der regionalen Bildungspolitik. Wir zielen darauf ab, **mehr soziale Gerechtigkeit** zu ermöglichen, indem wir das verbessern, was allen Menschen die Fähigkeiten gibt, sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden: **Bildung**.

Das Schulsystem klug reformieren

- Weniger Stress und mehr individuelle Betreuung: maximale Klassengröße von 22 Personen.
- Inklusion fördern: neben gemeinsamen Lernen an der Regelschule das Förderschulwesen erhalten.
- Dezentrale landesweite Tests statt Grundschulnoten als Basis für die Grundschulempfehlung.
- Mehr Schulautonomie: Schulen erlauben, sich zwischen G8 und G9 zu entscheiden.
- Mehr Vielfalt im ländlichen Raum: Schulen sollen Inhalte offline wie online präsentieren können.

Der Lehrplan soll auf zukünftige Herausforderungen vorbereiten

- Europa verstehen: Dazu fordern wir ein neues Geschichtsbuch und angepassten Politikunterricht.
- Die Zusammenarbeit zwischen Fächern über das Schulcurriculum hinaus soll gefördert werden.
- Wir fordern das Fach "Lebenskompetenzen" als Vorbereitung auf ein selbständiges Leben.
- Informatikunterricht und Medienkompetenz sollen gestärkt werden.
- Der konfessionelle Religionsunterricht soll durch ein übergreifendes Fach ersetzt werden.
- Lust an Bewegung: Abschaffen der Noten im Sportunterricht und individueller Sportunterricht.

Aufwertung des Lehrberufs

- Aufwertung des Grundschullehramts gemäß seiner Bedeutung und Gleichstellung mit Sekundarstufe (A13).
- Supervisionsangebot auf Landesebene für Lehrkräfte gegen psychische Belastungen.
- Team-Teaching, Hospitation, Teams aus Lehrkräften und Sozialpädagog*innen für ein besseres Arbeitsklima.
- Eine gerechte Verteilung von Deputatsstunden abhängig vom jeweiligen Fach.
- Mehr Schulpsycholog*innen und Sozialarbeiter*innen einstellen.
- Fokus auf Lehre: Entlastung der Lehrkräfte bei bürokratischen Arbeiten.
- Jede Lehrkraft benötigt an der Schule einen Arbeitsplatz inklusive Infrastruktur & Materialien.

Gerechte Chancen für unsere Kinder

Die soziale Gerechtigkeit nimmt in unserer Gesellschaft zunehmend ab. Aufstiegschancen sind immer noch zu sehr von der Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern abhängig. Job und Familie sind noch immer in zu vielen Regionen nicht gut in Einklang zu bringen. Der Kinderwunsch darf aber nicht zur Armutsfalle werden. Die Umsetzung von **Chancengleichheit** ist ganz wesentlich davon abhängig, ob Familien auf ausreichende und **frei verfügbare Kinderbetreuung** zurückgreifen können. Kinder und Eltern wollen wir mit besonders hochwertigen Angeboten unterstützen und ihnen den **Zugang zum Betreuungsangebot der Kindergärten erleichtern** sowie **Ganztagschulen fördern**.

Flächendeckende Kinderbetreuung ab dem 2. Lebensmonat bis zum Schuleintritt

- Wir fordern mehr Transparenz über freie Kitaplätze durch verbesserte Datenbanken sowie geordnete und faire Anmeldeverfahren auf der Website der jeweiligen Kommune.
- Langfristig wollen wir eine Kita-Beitragsfreiheit für alle Kinder über 3 Jahren erreichen.
- Soziale Unterschiede abbauen: Wir streben mittelfristig die Einführung einer Kindergartenpflicht ab 4 Jahren an.
- Erzieher*innen entlasten: Dazu sollen die Personalschlüssel überprüft und ggf. erhöht werden.
- Wir fordern eine qualitativ hochwertige Ausbildung für Erzieher*innen.

Ausweitung der Ganztagschule und der Nachmittagsbetreuung

- Ganztagschulen und Ganztagsangebote sollen in angemessener Reichweite und in angemessener Qualität vorhanden sein.
- Das Nachmittagsangebot an Schulen soll mindestens so vielfältig und bunt sein wie die Menschen, die die Schule besuchen.
- Wir fordern wieder mehr AGs und Poolstunden zur Förderung von Schüler*innen an allen Schulformen.
- Wir wollen Mahlzeiten für Kinder aus finanziell schwächeren Familien vergünstigen.
- Das Essen in Mensen soll nachhaltiger und gesünder werden.

Digitale Kompetenzen schaffen

Die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft stellt eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance dar. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur - beispielsweise die **schnelle Anbindung per Glasfasernetz** - ist elementar für ein **zukunftsfähiges und wirtschaftsstarkes Baden-Württemberg**. Digitalisierung beginnt für uns direkt bei den Bürger*innen, welche in ihrer **IT- und Medienkompetenz** aktiv unterstützt werden müssen. Dies reicht von Schulungen für Lehrkräfte zur Vermittlung dieser Kompetenzen an Schüler*innen bis zu umfangreichen **Beratungsstellen für IT-Sicherheit und Datenschutz**.

Stärkung des Datenschutz für Bürger*innen

- Verbesserte Beratung der Bürger*innen durch Erweiterung der Kapazitäten des Landesdatenschutzbeauftragten
- Kommunikation mit den baden-württembergischen Behörden über datensichere und transparente Plattformen

IT-Sicherheit als Kernkompetenz aller Bürger*innen

- Schaffung umfangreicher Beratungs- und Schulungsangebote zur IT-Sicherheit
- Umfangreiche Unterstützung der Unternehmen zur Bewertung, Absicherung und Vermeidung von IT-Risiken

Digitalisierung der Schulen

- Entwicklung einer zentralen Dienstplattform für Schulen, die Lösungen für Austausch und Zusammenarbeit enthält
- Leihgeräte für bedürftige Schüler*innen
- Schulungen für Lehrkräfte zu IT-Kompetenzen

Breitbandausbau bis 2026

- Garantierter Breitbandanschluss (mind. 100 Mbit/s) für jeden Haushalt
- Garantierter Anschluss (mind. 1 Gbit/s) für Unternehmen und Bildungseinrichtungen

Europäische Digitalisierungsprojekte

- Investition in die europäische Cloud-Lösung Gaia-X für Forschung und Bildung in Baden-Württemberg
- Mehr Zusammenarbeit mit europäischen Partnern, z.B. für digitale Wahlsysteme wie in Estland

Der Staat als Diener seiner Bürger*innen

Bürokratie und Verwaltung sind für viele Bürger*innen undurchsichtig und kompliziert. Aus unserer Sicht muss sich das ändern, um die **Zusammenarbeit mit den Behörden** für alle Bürger:innen **einfacher und stressfreier** zu gestalten. Hier sehen wir die Digitalisierung als eine Möglichkeit, **praxisorientierte Lösungen** umzusetzen. Zudem bietet die **Digitalisierung** in der Verwaltung die Möglichkeit, den Willen der Bürger*innen auf einfache Art und Weise gebündelt zu sammeln. Um die Verwaltungsprozesse zu optimieren, sollten immer auch **erfolgreiche Konzepte unserer Nachbarn in Europa** in Betracht gezogen werden.

Kommunikation zwischen Bürger*Innen und Behörden verbessern

- Förderung der politischen Meinungsbildung durch digitale Bürger*innenbeteiligung an politischen und gesetzgebenden Prozessen
- Etablierung einer sicheren Kommunikationsplattform bzw. eines Netzwerks zum Informationsaustausch zwischen Behörden und Bürger*innen

Verwaltung nachhaltig und langfristig digitalisieren

- Digitalisierung der Behörden durch die Einführung des Studiengangs Verwaltungsinformatik aktiv fördern
- Prozesse in den Verwaltungen technisch reformieren, um transparente, schnelle und zeitgemäße Lösungen anbieten zu können

Digitale Bürger*innenbeteiligung und digitale Wahlen

- Aufbau von IT-Sicherheitskompetenzen in Behörden auf regionaler und lokaler Ebene
- Im Wahlprozess die Möglichkeit einbauen, seine Stimme auf sicherem Weg digital abzugeben

Sicherheit und Digitalisierung intelligent verbinden

- Starke Reglementierung von Videoüberwachung, Bevorzugung alternativer Konzepte, Ablehnung biometrischer Identifikation
- Eindämmung krimineller Hotspots durch lokale, temporäre Maßnahmen wie Alkoholverbote statt durch erhöhte Polizeipräsenz oder Videoüberwachung

1,5°C - Klimapolitik, die eine Grenze kennt

Die Klimakrise stellt die **größte gesellschaftliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts** dar. Daher ist für Volt Baden-Württemberg klar, dass der Klimaschutz in den kommenden Jahrzehnten **politisch und gesetzgeberisch die höchste Priorität** erhalten muss. Wir orientieren uns hier an den **wissenschaftlichen Erkenntnissen** des Weltklimarates IPCC. Um unseren Beitrag zu leisten, leiten wir für Baden-Württemberg und ganz Deutschland das Ziel **Netto-Null bis 2035** ab. Um dieses ambitionierte, aber noch realisierbare Ziel zu erreichen muss in allen Bereichen unseres Lebens umgedacht werden: Von der Forcierung einer **CO2-Bepreisung** über den **sektorübergreifenden Ausbau der Elektrifizierung** bis hin zu einer **nachhaltigeren Landwirtschaft**.

Klimaschutz als höchste politische und gesetzgeberische Priorität

- Erhöhung der CO2-Bepreisung zur Förderung zukunftsfähiger, klimafreundlicher Technologien
- Priorisierung des Klimaschutzes bei der Nutzungsplanung für Flächen und Bebauung
- Vermeidung von CO2-Emissionen muss im Vordergrund stehen

Einhaltung der 1,5°C-Grenze mit Netto-Null bis 2035

- Handeln basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen wie z.B. denen des Weltklimarats
- Reduktion der CO2-Emissionen um 80% bis 2030 verglichen mit 2019
- Reduktion des Energieverbrauchs und sektorübergreifender Ausbau der Elektrifizierung

Ausbau negativer CO2-Emissionen

- Schaffung von Anreizen für Forschung und innovative Lösungen für CO2-Speicherung in jedweder Form
- Ausbau der natürlichen CO2-Speicherung in Boden, Forst und sonstiger Vegetation durch konsequente Aufforstung sowie flexible und standortgerechte Laub- und Mischwaldbepflanzung

Ökologische Landwirtschaft als integraler Bestandteil des Klimaschutzes

- Beschleunigung des Umstiegs der Landwirt*innen auf ökologische Landwirtschaft
- Klimaschutz und Biodiversität sind eng verknüpft: Daher müssen Maßnahmen zur Stärkung der Biodiversität durch Anreize und Planungssicherheit für Landwirt*innen ausgebaut werden

Nachhaltige Energiewende im Ländle

Basis und Maßstab einer nachhaltigen Energiewende in Baden-Württemberg ist das Erreichen der **klimaneutralen Energieversorgung im Jahr 2035**. Hierfür muss **sektorübergreifend** gedacht werden, d.h. das Ziel ist eine zusammenhängende Lösung für die Energiewende von Haushalt, Verkehr, Industrie, etc. Im Zentrum dieser Lösung steht der **beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien und Energiespeicher**. Wir denken die Energiewende natürlich auch europäisch: die **Energieversorgung der Zukunft kennt keine Grenzen**, regionale Energieversorger decken einen Teil des gesamteuropäischen Bedarfs ab und ermöglichen die Versorgungssicherheit aller Bürger*innen.

Masterplan Energiewende

- Ganzheitliche Betrachtung der Energiewende durch Kopplung verschiedener Sektoren, z.B. Wärme & Strom
- Massiver Ausbau von Forschungseinrichtungen als zentraler Baustein einer erfolgreichen Energiewende

Ausbau der erneuerbaren Energien und Energiespeicher

- Kohleausstieg bis spätestens 2030
- Massiver Ausbau von Wind- und Solarenergie als zentrale Elemente der Energiewende
- Ausbau dezentraler Energiespeicher für optimale Deckung des lokalen Energieverbrauchs

Europäische Energiepolitik

- Verstärkte Europäisierung der Energieversorgung zum Ausgleich von Energiequellen und -bedarf
- Europäischer Ansatz zur Umwandlung von erneuerbarem Strom in Wasserstoff und eFuels

Modernes und digitales Energiemanagement

- Ausbau des Übertragungsnetzes für erneuerbaren Strom von Nord- nach Süddeutschland
- Investition in Energiemanagementsysteme (Smart Grids)
- Digitalisierung der Verbrauchserfassung (Smart Meter)

Wohnraum als essentieller Bestandteil der Energiewende

- Energieeinsparung durch energetische Sanierungen
- Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 100% in der Wärmeversorgung für Bestand und Neubauten
- Ersatz fossil betriebener Heizungen durch erneuerbare Lösungen (z.B. Wärmepumpen oder Solarthermie)
- Förderung von Bürger*innen-Energiegenossenschaften

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

Verkehr vermeiden, verbessern, verlagern

Mobilität in Baden-Württemberg ist komplex: die Straßen sind voll mit Autos, die Bahnen häufig zu spät, die Radwege nicht ausgebaut und die Verkehrsmittel erst gar nicht aufeinander abgestimmt. Unser Ziel ist klar: wir brauchen eine **nachhaltige, vielfältige und integrierte Mobilität** in Baden-Württemberg, die zum **Klimaschutz** beiträgt, gut für unsere Gesundheit ist und uns zuverlässig von A nach B bringt. Für uns bedeutet dies: Verkehr **vermeiden** durch Städte, in denen mehr zu Fuß zu erreichen ist, Verkehr hin zum ÖPNV und zum Fahrrad zu **verlagern** und das Auto **verbessern**, indem es CO₂-neutral betrieben und untereinander geteilt wird.

CO₂-neutrale Mobilität

- Größtmögliche Elektrifizierung der Antriebe
- Einsatz von CO₂-neutralen Kraftstoffen für alle noch bestehenden Verbrennungsmotoren ab 2035
- Verbot von fossilen Kraftstoffen ab 2035

Shared Mobility

- Ausgewiesene Flächen zum Abstellen von geteilten Fahrzeugen
- Europaweites Carsharing, das nicht an Grenzen endet
- Leihräder für flexible und individuelle Mobilität wo immer man gerade ist

Fahrradmobilität

- Mehr Sicherheit für Radfahrer*innen durch mehr und breitere Radwege
- Priorisierung von neuer Fahrradinfrastruktur in städtischen Bereichen
- Lückenloses und besseres BW-weites Radwegenetz

ÖPNV

- Bessere Anbindung an andere Verkehrsmittel
- Reduzierung der Verkehrsverbünde und Einführung einheitlicher Fahrpläne und -preise
- Bürger*innenbeteiligung bei der Gestaltung von ÖPNV-Verbindungen

Güterverkehr

- Emissionsfreier Gütertransport auf der Straße durch Elektrifizierung und CO₂-neutrale Kraftstoffe
- Starker Ausbau und Digitalisierung der Schiene zur Stärkung des europäischen Güterverkehrs

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

Modernes Wohnen für Mensch und Natur

Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Dabei stehen **Wirtschaftlichkeit**, **Soziales** und **Umweltschutz** nicht im Widerspruch zueinander, sondern müssen vielmehr zusammen gedacht und umgesetzt werden. Wir wollen in den Ballungsräumen und auf dem Land die **Lebensqualität erhöhen**. Neben dem konsequenten **Neubau ökologisch hochwertiger Wohngebiete** fordern wir deshalb **soziale Wohnkonzepte**, die es auch Menschen mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen ermöglichen, angemessen und in Nähe des Arbeitsplatzes zu wohnen. Alle relevanten Einrichtungen wie Schule, Einzelhandel oder Arbeit sollen **fußläufig oder mit dem Rad erreichbar** sein.

Bezahlbares Wohnen für alle

- Druck aus dem Mietwohnungsmarkt nehmen durch Förderung von Wohnbaugesellschaften.
- Baukosten senken durch einheitliche und reduzierte Bauvorschriften in ganz Baden-Württemberg.
- Den sozialen Wohnungsbau wieder stärker fördern.

Wohnen in ländlichen Gebieten attraktiver machen

- Moderne Arbeitsplätze in Co-Working-Häusern ansiedeln.
- ÖPNV mit abgestimmten Fahrplänen und kurzer Taktung.
- Zuverlässiges Mobilfunknetz und schnelles Internet.

Nachhaltige Quartiersplanung und Stadtentwicklung

- "Stadt der kurzen Wege": Einrichtungen des täglichen Bedarfs sollen fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar sein.
- Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse der Bewohner*innen.
- Effizientere Flächennutzung und Verkehr auf der letzten Meile reduzieren.

Umweltfreundlich und nachhaltig Bauen

- Auswirkungen der Klimaerwärmung berücksichtigen und Städte nach dem Vorbild der "Schwammstadt" ökologisch bauen.
- CO₂-Neutralität über die gesamte Lebensdauer eines Hauses berücksichtigen.
- Mehr unversiegelte Flächen für besseres Stadtklima und mehr Lebensraum für Tiere.

Die Arbeitswelt neu denken

Neue technologische Möglichkeiten schaffen neue Arbeitsweisen. Volt will die neuen Technologien konsequent nutzen, um die **Arbeitslosigkeit zu minimieren** und **neue, dezentrale Arbeitsmodelle** zu fördern, welche die Flexibilität der Arbeitnehmer*innen erhöhen. Dazu gehört es auch, ältere Arbeitnehmer*innen mit ihren Erfahrungen gezielt zu unterstützen, um die **Arbeitsperspektiven zu verbessern**. Gleichzeitig soll für angemessene rechtliche und **soziale Rahmenbedingungen** sowie Schutzmaßnahmen gesorgt werden.

Recht auf Homeoffice stärken

- Wir wollen die Arbeitnehmer*innen von langen Pendelzeiten und Stress an mindestens einem Tag pro Woche entlasten.
- Dadurch verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und reduzieren den Bedarf an Mobilität.

Recht auf Weiterbildung nutzen

- Wir fordern eine Ausweitung der Fortbildungspflicht auf alle Berufsgruppen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.
- Kleine und mittelständische Unternehmen werden bei Investition in die Weiterbildung finanziell gefördert.

Förderung erfahrener Arbeitnehmer*innen

- Wir wollen für die Arbeitnehmer*innen 50+ bessere Perspektiven am Arbeitsmarkt schaffen.
- Wir fordern den Ausbau des Eingliederungszuschusses für ältere, kürzlich entlassene Bürger*innen.

Flexible Erhöhung der Rente

- Mehr Gestaltungsfreiheit: Das Flexi-Rente-Modell für abschlagsfreie Rente ab 63 wollen wir ausbauen.
- Die Obergrenze (derzeit 6300€/Jahr) der abschlagsfreien Teilrente soll erhöht werden.

Eine wirtschaftliche Erneuerung

Große gesellschaftliche Umbrüche, sich überschlagende technologische Entwicklungen und immer präsenter werdende Konsequenzen aus unseren Handlungen der letzten Jahrzehnte zeigen den akuten Bedarf, **unsere Art zu wirtschaften zu überdenken**. Daher wollen wir eine **starke, innovative und nachhaltige Wirtschaft** schaffen, die unsere ambitionierten Klima- und Umweltschutzziele stützt sowie die Lebensqualität der Bevölkerung stetig verbessert. Zudem bilden **Chancengleichheit, Digitalisierung** und eine **europäische Integration** weitere Komponenten, die bei diesem Wirtschaftswandel gefördert werden müssen.

Unsere Rohstoffe im Kreislauf halten

- Kreislaufwirtschaft fördern, um Arbeitsplätze zu schaffen und die weltweiten Ressourcen zu schonen.
- Innovative, nachhaltige Produktdesigns fördern.
- Einen Marktplatz für Produkte aus Recyclingprozessen schaffen und zu deren Wertermittlung einen Ressourcenpass einführen.
- Den Amsterdam Doughnut als nachhaltiges Stadtmodell in 2 Städten testen.
- Das Kreislaufwirtschaftsgesetz mit dem EU-Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft harmonisieren.

Gründungen schaffen interessante Arbeit

- Reduzierung der bürokratischen Belastungen beim Einstieg in die unternehmerische Selbstverantwortung.
- Förderung von Neugründungen durch zweckgebundene Zuschüsse in den ersten drei Gründungsjahren.
- Gründerinnen fördern und den Anteil an Frauen in der Selbstständigkeit erhöhen.

Freie IT-Infrastruktur schafft Unabhängigkeit

- Stärkere Entwicklung und Nutzung von Open-Source-Software in den Behörden und Unternehmen.
- Rückstand aufholen in den Fachgebieten Künstliche Intelligenz und Internet of Things durch Kooperationen des Landes Baden-Württemberg mit der Wirtschaft.
- Förderung von Schulungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen im IT-Bereich.